Schriften zum Sozial- und Arbeitsrecht

Band 382

Neue Wege zur Entgeltgleichheit zwischen Frauen und Männern

Ansätze aus dem angelsächsischen Rechtsraum zur Förderung von Entgeltgleichheit

Von

Hagen Trübenbach



Duncker & Humblot · Berlin

HAGEN TRÜBENBACH

Neue Wege zur Entgeltgleichheit zwischen Frauen und Männern

Schriften zum Sozial- und Arbeitsrecht

Herausgegeben von
Prof. Dr. Matthias Jacobs, Hamburg
Prof. Dr. Rüdiger Krause, Göttingen
Prof. Dr. Sebastian Krebber, Freiburg
Prof. Dr. Thomas Lobinger, Heidelberg
Prof. Dr. Markus Stoffels, Heidelberg
Prof. Dr. Raimund Waltermann, Bonn

Band 382

Neue Wege zur Entgeltgleichheit zwischen Frauen und Männern

Ansätze aus dem angelsächsischen Rechtsraum zur Förderung von Entgeltgleichheit

Von

Hagen Trübenbach



Duncker & Humblot · Berlin

Der Fachbereich Rechtswissenschaften der Justus-Liebig-Universität Gießen hat diese Arbeit im Jahre 2023 als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten
© 2024 Duncker & Humblot GmbH, Berlin
Satz: 3w+p GmbH, Rimpar
Druck: CPI books GmbH, Leck
Printed in Germany

ISSN 0582-0227 ISBN 978-3-428-18991-5 (Print) ISBN 978-3-428-58991-3 (E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier entsprechend ISO 9706 \circledcirc

Internet: http://www.duncker-humblot.de

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde vom Fachbereich Rechtswissenschaft der Justus-Liebig-Universität Gießen im Sommersemester 2023 als Dissertation angenommen. Die Disputation erfolgte am 3. April 2023. Die Arbeit befindet sich im Wesentlichen auf dem Stand von März 2022. Aus dem nachfolgenden Zeitraum sind ausgewählte Entscheidungen und Veröffentlichungen bis August 2023 berücksichtigt.

Herzlichst bedanken möchte ich mich zunächst bei meinem Doktorvater, Herrn Prof. Dr. Thorsten Keiser, für seine zahlreichen wertvollen Ratschläge, seine jederzeitige Diskussionsbereitschaft sowie eine insgesamt ausgezeichnete Betreuung. Besonders dankbar bin ich zudem für die idealen Forschungsbedingungen, von denen ich als wissenschaftlicher Mitarbeiter an seinem Lehrstuhl für Bürgerliches Recht und Rechtsgeschichte in Gießen profitierte.

Mein weiterer Dank gilt Herrn Prof. Dr. Wolf-Dietrich Walker für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens, die darin enthaltenen konstruktiven Anmerkungen sowie die anregende Diskussion im Rahmen der Disputation. Danken möchte ich darüber hinaus Frau Asst. Prof. Dr. Gwendolyn Leachman für die Einführung in das US-amerikanische Arbeitsrecht sowie ihre tatkräftige Unterstützung bei meiner Forschungsarbeit an der University of Wisconsin – Madison. In Dank verbunden bin ich auch Frau Prof. Kerry Rittich, deren Ratschläge während meines Forschungsaufenthalts an der University of Toronto wertvolle Aufschlüsse über das kanadische Antidiskriminierungsrecht lieferten. Weiterer Dank gebührt der Heinrich-Böll-Stiftung für die ideelle und finanzielle Förderung, die mir als Promotionsstipendiat zuteilwurde.

Darüber hinaus möchte ich meiner Familie für ihre fortwährende Unterstützung danken. Besonderer Dank gebührt zudem meiner Mutter, Annette Trübenbach, und meinem langjährigen und engen Freund Dr. Alexander Pionteck für ihren stetigen Beistand und die gewissenhafte Durchsicht des Manuskripts. Herauszuheben ist zu guter Letzt meine Verlobte, Aileen Rasche, die durch ihre vorbehaltlose Unterstützung und ihr tiefes Vertrauen in meine Fähigkeiten wesentlich zur Entstehung dieser Arbeit beigetragen hat.

Gießen, im März 2024

Hagen Trübenbach

Inhaltsübersicht

Einleitung	5
§ 1 Ziel und Gegenstand der Untersuchung	7
§ 2 Gang der Untersuchung	5
Erstes Kapitel	
Entgeltungleichheit in Deutschland 33	7
§ 3 Grundsatz der Entgeltgleichheit	7
§ 4 Entgeltdiskriminierung in der Praxis	6
Zweites Kapitel	
Akteure im Kampf um Entgeltgleichheit 98	8
§ 5 Theoretischer Rahmen: Entgeltgleichheit als <i>regulatory space</i>	9
§ 6 Akteure im Entgeltgleichheitsraum	3
§ 7 Potenzial der Akteure bei der Diskriminierungsbekämpfung	9
Drittes Kapitel	
Neue Wege zur Entgeltgleichheit 17-	4
§ 8 Ausgangspunkt: das angelsächsische Entgeltgleichheitsrecht	4
§ 9 Einbindung der Arbeitgeberseite	5
§ 10 Ausweitung der behördlichen Diskriminierungsbekämpfung	7
Schlussbetrachtung	5
Literaturverzeichnis	5
Stichwortverzeichnis	7

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	25
§ 1 Ziel und Gegenstand der Untersuchung	27
§ 2 Gang der Untersuchung	
Erstes Kapitel	
Entgeltungleichheit in Deutschland	37
§ 3 Grundsatz der Entgeltgleichheit	37
A. Historie und Bedeutung des Entgeltgleichheitsgrundsatzes	
I. Europa	37
1. Römische Verträge – Art. 119 EGV	38
2. Entgeltgleichheitsrichtlinie – 75/117/EWG	40
3. Unmittelbare Anwendbarkeit von Art. 119 EGV – Defrenne II	42
4. Art. 119 EGV und mittelbare Diskriminierungen – Jenkins	43
5. Von Bilka bis Lissabon	44
6. Bedeutung der Entgeltgleichheit im Recht der EU	47
II. Deutschland	50
1. Weimarer Reichsverfassung	50
2. Grundgesetz	52
a) Wirkung der Grundrechte im Arbeitsrecht	53
b) Geschlechtergleichberechtigung als Schutzpflicht des Staates	56
c) Bedeutung der Entgeltgleichheit im Grundgesetz	57
3. Einfaches Recht	62
B. Entgeltbegriff	64
C. Gleiche und gleichwertige Arbeit	66
I. Gleiche Arbeit	66
II. Gleichwertige Arbeit	67
D. Formen der Entgeltdiskriminierung	69
I. Unmittelbare Entgeltdiskriminierung	69
II. Mittelbare Entgeltdiskriminierung	71
E. Einheitliche Quelle der Ungleichbehandlung	
F. Rechtsfolgen einer Entgeltdiskriminierung	

§ 4 Entgeltdiskriminierung in der Praxis	76
A. Anknüpfungspunkt: Gender Pay Gap	77
I. Unbereinigter und bereinigter Gender Pay Gap	77
II. Berechnungsgrundlagen	79
B. Statistiken zum Gender Pay Gap	82
I. Deutschland	82
II. Europa und Nordamerika	84
C. Gender Pay Gap und Entgeltdiskriminierung	87
I. Aussagekraft des unbereinigten Gender Pay Gap	87
II. Vom unbereinigten zum bereinigten Gender Pay Gap	88
III. Aussagekraft des bereinigten Gender Pay Gap	90
1. Unberücksichtigte Erklärungsfaktoren	90
2. Diskriminierungen innerhalb der Erklärungsfaktoren	92
3. Rückschlüsse auf das Diskriminierungsausmaß	95
Zweites Kapitel	
Akteure im Kampf um Entgeltgleichheit	98
§ 5 Theoretischer Rahmen: Entgeltgleichheit als regulatory space	99
A. Konzeptionelle Grundlagen	99
B. Analyse des Entgeltgleichheitsraums: Vorgehen und Ziel	102
§ 6 Akteure im Entgeltgleichheitsraum	103
A. Staatliche Akteure	103
I. Gesetzgeber	104
II. Vollziehende Gewalt	106
1. Bundesregierung	107
2. Antidiskriminierungsstelle des Bundes	109
III. Gerichte	110
B. Tarifvertragsparteien	
I. Einwirkung auf die staatlichen Akteure	
II. Festlegung der Arbeitsbedingungen	
III. Gerichtliche Verfahren zur Durchsetzung der Entgeltgleichheit	115
IV. Grenzen des Wirkbereichs	
1. (Wachsender) Tariffreier Bereich	
2. Schrumpfende Bedeutung der Tarifpartner	
V. Entgeltdiskriminierung im Wirkbereich der Tarifvertragsparteien	122
C. Betriebsräte	123
I. Festsetzung der Entgelthöhe	124
II. Einsicht in aufgeschlüsselte Bruttoentgeltlisten	
III. Beteiligung an betrieblichen Entgeltprüfverfahren	
IV. Mitbestimmung bei der betrieblichen Entgeltgestaltung	128

V. Beteiligung in personellen Angelegenheiten	130
VI. Gerichtliche Verfahren zur Durchsetzung der Entgeltgleichheit	131
VII. Grenzen des Wirkbereichs	131
Betriebsratsfreier Bereich	131
2. Vorrang und Vorbehalt der Tarifautonomie	133
VIII. Entgeltdiskriminierung im Wirkbereich der Betriebsräte	134
D. Arbeitsvertragsparteien	135
I. Arbeitgeber: Entgeltprüfverfahren	136
II. Arbeitnehmer: Entgeltgleichheitsklage	139
Erste Hürde: Informationsdefizit	140
a) Individueller Auskunftsanspruch aus dem EntgTranspG	142
b) Weitere Erkenntniswege	148
2. Zweite Hürde: Klagehemmschwelle während des laufenden Arbeitsver-	
hältnisses	
a) Machtungleichheit und Dauerschuldverhältnis	150
b) Komplexe und unsichere Rechtslage	
c) Interessenungleichgewicht bei niedrigem Streitwert	
E. Private Antidiskriminierungsverbände	
F. Gesamtschau: Kartierung des Entgeltgleichheitsraums	
§ 7 Potenzial der Akteure bei der Diskriminierungsbekämpfung	159
A. Staatliche Akteure	159
B. Tarifvertragsparteien	162
C. Betriebsräte	
D. Arbeitsvertragsparteien	
E. Private Antidiskriminierungsverbände	171
Drittes Kapitel	
Neue Wege zur Entgeltgleichheit	174
§ 8 Ausgangspunkt: das angelsächsische Entgeltgleichheitsrecht	174
A. Grundlagen des britischen Entgeltgleichheitsrechts	
B. Grundlagen des US-amerikanischen Entgeltgleichheitsrechts	
I. Equal Pay Act	
II. Title VII des Civil Rights Act	
III. Massachusetts Equal Pay Act	
C. Grundlagen des Entgeltgleichheitsrechts Ontarios	
I. Employment Standards Act	
II. Pay Equity Act	
§ 9 Einbindung der Arbeitgeberseite	203
A. Einbindung bei Verstoß: Gerichtlich angeordnete Prüfverfahren in Großbritannien	205
I. Equality Act 2010 (Equal Pay Audits) Pagulations 2014 (SI 2014/2550)	

Inhaltsverzeichnis

II. Allgemeine Evaluation	. 208
III. Implementierung in Deutschland	. 211
1. Ausnahmen	. 211
2. Ausgestaltung der Prüfungspflicht	. 214
a) Prüfverfahren	. 214
b) Prüfungsumfang	. 215
c) Abschlusskontrolle	. 216
d) Beseitigung aufgedeckter Diskriminierungen	. 216
3. Veröffentlichung des Prüfungsergebnisses	. 218
4. Verstöße gegen eine Prüfungsanordnung	. 219
5. Schutz vor existenzbedrohenden Prüfungsfolgen	. 220
IV. Vereinbarkeit mit höherrangigem Recht	. 221
B. Einbindung per Anreiz: Prüfverfahren als Einrede in Massachusetts	. 224
I. Mass. Gen. Laws ch. 149, § 105 A(d)	. 224
II. Evaluation der Prüfungseinrede	. 226
III. Mögliche Ausgestaltung in Deutschland	. 228
1. Voraussetzungen für eine Anspruchssperre	. 228
a) Prüfverfahren	. 228
b) Prüfungsumfang	. 229
c) Veröffentlichung des Prüfungsergebnisses	. 230
d) Beseitigung aufgedeckter Diskriminierungen	. 231
e) Prüfungszeitpunkt	. 233
f) Beweislast	. 235
2. Rechtsfolge	. 235
IV. Vereinbarkeit mit höherrangigem Recht	. 238
1. Vereinbarkeit mit dem Grundgesetz	. 238
2. Vereinbarkeit mit dem Unionsrecht	. 239
a) Äquivalenzgrundsatz	. 240
b) Effektivitätsgrundsatz	. 242
C. Einbindung per Pflicht: Obligatorische Prüfverfahren in Ontario	. 244
I. Ss 5–21 Pay Equity Act	. 244
1. Obligatorische Prüfverfahren	. 245
2. Pay equity plans	. 248
II. Evaluation einer allgemeinen Prüfungspflicht	. 252
III. Implementierung in Deutschland	. 253
1. Ausgestaltung der Prüfungspflicht	. 253
a) Prüfverfahren und Prüfungsumfang	. 253
b) Anwendungsbereich	. 254
c) Prüfungsintervalle	
d) Beseitigung aufgedeckter Diskriminierungen	. 256
e) Zulässigkeit von Stufenanpassungen	. 257
2. Veröffentlichung des Prüfungsergebnisses	260

3. Durchsetzung der Prüfungspflicht	. 262
IV. Vereinbarkeit mit höherrangigem Recht	. 265
§ 10 Ausweitung der behördlichen Diskriminierungsbekämpfung	267
A. Großbritannien: Equality and Human Rights Commission	268
I. Aufbau und Ausstattung	269
II. Aufgaben und Befugnisse	271
1. Allgemeine Befugnisse (general powers)	272
2. Durchsetzungsbefugnisse (enforcement powers)	. 276
a) Allgemeine Durchsetzungsbefugnisse	277
b) Prozessbezogene Durchsetzungsbefugnisse	. 280
III. Schwerpunktsetzung und Stellenwert der Entgeltgleichheit	. 281
IV. Bewertung der EHRC: eine unterfinanzierte Mehrzweckbehörde	. 285
B. USA: Equal Employment Opportunity Commission	289
I. Aufbau und Ausstattung	289
II. Aufgaben und Befugnisse	
1. Erlass von <i>rules</i>	. 291
a) Konkretisierung der Antidiskriminierungsgesetze	. 292
b) Employer Information Report (EEO-1)	
2. Beseitigung bestehender Diskriminierungen	
a) Verwaltungsverfahren (administrative process)	
b) Klageverfahren (litigation process)	301
c) Mediation	
3. Bildungs-, Öffentlichkeits- und Forschungsarbeit	
III. Schwerpunktsetzung und Stellenwert der Entgeltgleichheit	
IV. Bewertung der EEOC: eine überlastete, aber einflussreiche Behörde	
1. Überschwemmung mit Beschwerdeverfahren	
2. Bedeutung bei der Diskriminierungsbekämpfung	
C. Ontario: Pay Equity Office	
I. Aufbau und Ausstattung	
II. Aufgaben und Befugnisse	
III. Bewertung des PEO: eine starke, spezialisierte Behörde	
D. Aufwertung der behördlichen Diskriminierungsbekämpfung in Deutschland	
I. Vertikaler Anknüpfungspunkt: Bundes- oder Landesebene?	
1. Notwendigkeit einer Bundesbehörde	
2. Gestaltungsmöglichkeiten	
a) Selbstständige Bundesoberbehörde	
b) Oberste Bundesbehörde	
II. Sachlicher Zuständigkeitsbereich	332
1. Grundansatz: allgemeine oder spezialisierte Antidiskriminierungsbe-	222
hörde?	
2. Speziansierungsgrau. Arbeitsweit oder Entgeitsektor!	

III. Eingliederung in den Staatsaufbau	. 337
1. Unabhängigkeit der Antidiskriminierungsstelle	. 337
2. Organisationsform	. 340
3. Hinreichende demokratische Legitimation	. 341
a) Legitimationsanforderungen	. 341
b) Herstellung einer hinreichenden sachlich-inhaltlichen Legitimation	342
IV. Behördenleitung	. 345
V. Rolle bei der Diskriminierungsbekämpfung	. 347
1. Allgemeine Aufgaben und Befugnisse	. 348
2. Rechtssetzung	. 348
3. Rechtsdurchsetzung	. 350
a) Beschwerdemodell	. 351
b) Anfragemodell	. 354
c) Unterstützungsbefugnisse	. 356
VI. Ausgestaltung des Durchsetzungsverfahrens	. 357
1. Verfahrenseinleitung	. 357
a) Eigeninitiative	. 358
b) Ermittlungsanfragen	. 358
2. Ermittlungsverfahren	. 359
a) Verhältnis zwischen public und private enforcement	. 360
b) Ermittlungsbefugnisse	. 361
c) Stadien des Ermittlungsverfahrens	. 362
3. Durchsetzungsinstrument	. 364
4. Verfahrensregeln	. 368
5. Rechtsschutz	. 369
6. Vereinbarkeit mit höherrangigem Recht	. 371
a) Angestrebter Zweck	. 372
b) Diskriminierungskontrolle und Autonomie im Arbeitssektor	. 376
c) Ermittlungsbefugnisse	. 379
d) Rechtsdurchsetzung	. 384
Schlussbetrachtung	. 385
Literaturverzeichnis	. 395
Stichwortverzeichnis	. 427

Abkürzungsverzeichnis

a. A. anderer Ansicht

A.B.A. J. Lab. & American Bar Association Journal of Labor & Employment Law

Emp. L.

Abakaba Analytische Bewertung von Arbeitstätigkeiten nach Katz und

Baitsch

ABI. Amtsblatt Abs. Absatz

Acas Advisory, Conciliation, and Arbitration Service

AcP Archiv für die civilistische Praxis
ADA Americans with Disabilities Act

ADEA Age Discrimination in Employment Act

Admin. L. Rev. Administrative Law Review
A-Drs. Ausschussdrucksache

ADS Antidiskriminierungsstelle des Bundes advd Antidiskriminierungsverband Deutschland

AEUV Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union

a. F. alte Fassung

AGG Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz
AiB Arbeitsrecht im Betrieb (Zeitschrift)

AktG Aktiengesetz

Ala. C.R. & C.L. L. Rev. Alabama Civil Rights & Civil Liberties Law Review

Am. U. L. Rev. American University Law Review

Anal. Soc. Issues & Analyses of Social Issues and Public Policy (Zeitschrift)

Pub. Pol'y

AnwBl Anwaltsblatt

AöR Archiv des öffentlichen Rechts APuZ Aus Politik und Zeitgeschichte

ArbG Arbeitsgericht

ArbGG Arbeitsgerichtsgesetz

ArbR Arbeitsrecht

ArbRAktuell Arbeitsrecht Aktuell
ArbRB Arbeits-Rechtsberater
ArbR-Hb Arbeitsrechts-Handbuch
ArbSchG Arbeitsschutzgesetz
ArbZG Arbeitszeitgesetz

ARCS American Review of Canadian Studies

Art. Artikel art. article

AuR Arbeit und Recht (Zeitschrift)

BAG Bundesarbeitsgericht

BAGE Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts

BAMF Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

BB Betriebs-Berater

BBC British Broadcasting Corporation

Bd. Band

BDA Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände

BDSG Bundesdatenschutzgesetz
BeckOGK Beck-Online Grosskommentar
BeckOK Beck'scher Online-Kommentar

BeckRS Beck-Rechtsprechung

Begr. Begründer Ber. Berichtigung

Berkeley J. Emp. & Berkeley Journal of Employment and Labor Law

Lab. L.

Beschl. Beschluss

BetrVG Betriebsverfassungsgesetz

BfDI Bundesbeauftragter für den Datenschutz und die Informations-

freiheit

BGB Bürgerliches Gesetzbuch
BGBl. Bundesgesetzblatt

BGG Behindertengleichstellungsgesetz

BMAS Bundesministerium für Arbeit und Soziales

BMFSFJ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend BMJV Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

Boston B. J. Boston Bar Journal bspw. beispielsweise BStatG Bundesstatistikgesetz

BT-Drs. Drucksache des Deutschen Bundestages

B.U. L. Rev. Boston University Law Review BVerfG Bundesverfassungsgericht

BVerfGE Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts

BVerwG Bundesverwaltungsgericht

bzw. beziehungsweise
c chapter (UK)
CA Court of Appeals
CA 1867 Constitutional Act, 1867

C.D. III. U.S. District Court for the Central District of Illinois

CDU Christlich Demokratische Union C.F.R. Code of Federal Regulations

ch. chapter (US)

Chi.-Kent L. Rev. Chicago-Kent Law Review

Cir. Circuit

CJE Canadian Journal of Economics

cl. clause
Colo. Colorado
Const. constitution

Contemp. Econ. Policy Contemporary Economic Policy (Zeitschrift)

CPP Canadian Public Policy (Zeitschrift)
CR Computer und Recht (Zeitschrift)

CRA Civil Rights Act
Creighton L. Rev. Creighton Law Review
CS Court of Sessions

CSU Christlich-Soziale Union

Ct. App. Court of Appeals DB Der Betrieb

D.C. District of Columbia

DCMS Department for Culture, Media & Sport

D.D.C. U.S. District Court for the District of Columbia

DDR Deutsche Demokratische Republik

DDRV Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik

Denv. U. L. Rev. Denver University Law Review DGB Deutscher Gewerkschaftsbund

d. h. das heißt

DIMR Deutsches Institut für Menschenrechte
DIW Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

djb Deutscher Juristinnenbund e.V.

djbZ Zeitschrift des Deutschen Juristinnenbundes DÖV Die öffentliche Verwaltung (Zeitschrift)

DRiG Deutsches Richtergesetz
DS-GVO Datenschutz-Grundverordnung
DStR Deutsches Steuerrecht (Zeitschrift)
DVBI Deutsches Verwaltungsblatt (Zeitschrift)

EAR 2014 Equality Act 2010 (Equal Pay Audits) Regulations 2014 (SI 2014/

2559

EAR 2017 Equality Act 2010 (Gender Pay Gap Information) Regulations 2017

(SI 2017/172)

EASS Equality Advisory Support Service EAT Employment Appeal Tribunal

ECNI Equality Commission for Northern Ireland

ECRI European Commission against Racism and Intolerance

EGV Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft

EHRC Equality and Human Rights Commission

Emory L.J. Emory Law Journal
Emp. L.J. Employment Law Journal
Empl. Relat. Employee Relations (Zeitschrift)

EMRK Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten

EntgTranspG Entgelttransparenzgesetz EnWG Energiewirtschaftsgesetz

EPA Equal Pay Act
EqA 2006 Equality Act 2006
EqA 2010 Equality Act 2010
ERA Entgeltrahmenabkommen
ErfurterK Erfurter Kommentar
Erwgr. Erwägungsgrund

ESA 2000 Employment Standards Act, 2000

ET Employment Tribunal et al. et alii (und andere)

etc. et cetera

ETR 2013 Employment Tribunals (Constitution and Rules of Procedure)

Regulations 2013 (SI 2013/1237)

EUEuropäische Union

EUArbR Kommentar zum europäischen Arbeitsrecht

EuGH Europäischer Gerichtshof

EuGRZ Europäische Grundrechte-Zeitschrift EuR Europa und Recht (Zeitschrift)

Statistisches Amt der Europäischen Union Eurostat Vertrag über die Europäische Union **EUV**

Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht **EuZW**

England and Wales Court of Appeal (Civil Division) EWCA Civ

Europäische Wirtschaftsgemeinschaft EWG

Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht (Zeitschrift) **EWS**

f. folgende

FDP Freie Demokratische Partei Fed. Law. Federal Lawyer (Zeitschrift) Federal Rules of Civil Procedure Fed. R. Civ. P.

Fed. Reg. Federal Register fortfolgende ff.

Fair Labor Standards Act **FLSA**

Fn. Fußnote

Fordham Int'l L.J. Fordham International Law Journal

French Politics (Zeitschrift) Fr Polit

FrankfurterK EUV/GRC/ Frankfurter Kommentar zu EUV, GRC und AEUV

AEUV

FrankfurterK KartellR Frankfurter Kommentar zum Kartellrecht

Festschrift FS Gen. General

Gend. Manag. Gender Management (Zeitschrift)

Georgetown Law Journal Geo. L.J. Gesamthrsg. Gesamtherausgeber

GewArch Gewerbearchiv (Zeitschrift)

GG Grundgesetz gegebenenfalls ggf.

GHN Grabitz/Hilf/Nettesheim (Kommentar) **GINA** Genetic Information Nondiscrimination Act

GPG Gender Pay Gap

Charta der Grundrechte der Europäischen Union GRCh Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht GRUR

GS Großer Senat

GVB1. Gesetz- und Verordnungsblatt

GWB Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen

HAG Heimarbeitsgesetz HC House of Commons HdbStR Handbuch des Staatsrechts HessLStatG Hessisches Landesstatistikgesetz

HK Handkommentar HL House of Lords HM Her Majesty

h. M. herrschende Meinung

Hofstra Lab. & Emp. L.J. Hofstra Labor & Employment Law Journal

Hrsg. Herausgeber Hs. Halbsatz

HWKHenssler/Willemsen/Kalb (Kommentar)HWWIHamburgisches WeltWirtschaftsInstitut

IAB Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

IAO Internationale Arbeitsorganisation

i. a. R. in aller Regel i. d. R. in der Regel

IDS Incomes Data Services i.e.S. im engeren Sinne

IHRC Irish Human Rights and Equality Commission

i. H. v. in Höhe von

Ind. Beziehungen Industrielle Beziehungen (Zeitschrift)
Indus. & Lab. Rel. Rev. Industrial and Labor Relations Review
Int. Econ. Rev. International Economic Review

Int J Hum Resour Man

The International Journal of Human Resource Management

Iowa L. Rev. Iowa Law Review

ISCO International Standard Classification of Occupations

i. S. d. im Sinne des (der) i. S. v. im Sinne von i. V. m. in Verbindung mit

IW Institut der deutschen Wirtschaft

J. C.R. & Econ. Dev. Journal of Civil Rights and Economic Development

J. Hum. Resour.

J. Popul. Econ.

J. Poverty & Soc. Justice

J. Poverty & Soc. Justice

J. Poverty and Social Justice

JA Juristische Arbeitsblätter
JL & Equality Journal of Law & Equality

JR Juristische Rundschau (Zeitschrift) jurisPR-ArbR juris PraxisReport Arbeitsrecht

JZ Juristenzeitung Kap. Kapitel

KartellR-HdB Handbuch des Kartellrechts

kfd Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands

LAG Landesarbeitsgericht
Leg. Stud. Legal Studies (Zeitschrift)
LLFPA Lilly Ledbetter Fair Pay Act

LMRKM Loewenheim/Meessen/Riesenkampff/Kersting/Meyer-Lindemann

(Kommentar)

Losebl. Loseblatt
Ltd. Limited
Mass. Massachusetts

MCAD Massachusetts Commission Against Discrimination

Md. L. Rev. Maryland Law Review

Med. Law Int. Medical Law International (Zeitschrift)

MEPA Massachusetts Equal Pay Act

MHdB ArbR Münchener Handbuch zum Arbeitsrecht

MiLoG Mindestlohngesetz
MitbestG Mitbestimmungsgesetz

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

MKS v. Mangoldt/Klein/Starck (Kommentar)

MüKo Münchener Kommentar m. w. N. mit weiteren Nachweisen

n. note

Neb. L. Rev. Nebraska Law Review

NGO Non-governmental organization

NIHRC Northern Ireland Human Rights Commission

NJOZ Neue Juristische Online-Zeitschrift
NJW Neue Juristische Wochenschrift

NK Nomos Kommentar

NLRA National Labor Relations Act NLRB National Labor Relations Board

No. Number

NordÖR Zeitschrift für Öffentliches Recht in Norddeutschland

Nr. Nummer Nrn. Nummern

NVwZ Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NWB Neue Wirtschafts-Briefe (Zeitschrift)
NZA Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
NZFam Neue Zeitschrift für Familienrecht

Ohio St. L.J. Ohio State Law Journal

OLRB Ontario Labour Relations Board
OMB Office of Management and Budget

ON Div Ct Ontario Divisional Court

ON PEHT Ontario Pay Equity Hearings Tribunal

para. paragraph
paras. paragraphs
PEA Pay Equity Act

PEC Pay Equity Commission of Ontario
PEHT Penn St. L. Rev. Penn State Law Review

PEO Pay Equity Office

Pepp. Disp. Resol. L.J. Pepperdine Dispute Resolution Law Journal

PFA Paycheck Fairness Act

PLC Mag. PLC (Practical Law for Companies Active in the UK) Magazine

PostG Postgesetz
Pt part

QB Queen's Bench

R Regina

RdA Recht der Arbeit

RDG Rechtsdienstleistungsgesetz

reg. regulation

regs. regulations
resp. respektive
Rev. Revised
RG Reichsgericht

RGZ Sammlung der Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen

RL Richtlinie

RMC Revue du Marché commun

Rn. Randnummer
Rs. Rechtssache
s section
S. Seite

SCC Supreme Court of Canada

Sch Schedule

Seton Hall L. Rev. Seton Hall Law Review SGB Sozialgesetzbuch

SHRC Scottish Human Rights Commission

SI Statutory Instruments

Slg. Sammlung der Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes

S.M.U. L. Rev. Southern Methodist University Law Review

SOEP Sozio-oekonomisches Panel

sog. sogenannte(r/n)

SPD Sozialdemokratische Partei Deutschlands

ss sections
Stat. Statutes
Supp. Supplement
Tab. Tabelle, table

Tex. Tech. Admin. L.J. Texas Tech Administrative Law Journal

TKG Telekommunikationsgesetz

TVG Tarifvertragsgesetz

u. und

u. a. und andere UAbs. Unterabsatz

U. Chi. L. Rev. University of Chicago Law Review
U. Cin. L. Rev. University of Cincinnati Law Review

UK United Kingdom

UKlaG Unterlassungsklagengesetz

UN United Nations

U. Pa. J. Bus. L. University of Pennsylvania Journal of Business Law

Urt. Urteil

U.S. United States

USA United States of America U.S.C. United States Code

U. Tol. L. Rev. University of Toledo Law Review

u. U. unter Umständen

v. vom, von

Vand. L. Rev. Vanderbilt Law Review VerdStatG Verdienststatistikgesetz VerwR Verwaltungsrecht VG Verwaltungsgericht

vgl. vergleiche

VIWIV Verdiene ich, was ich verdiene?

VjhW Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung

Vol. Volume

VR Verwaltungsrundschau (Zeitschrift) VuR Verbraucher und Recht (Zeitschrift)

VVDStRL Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechts-

lehrer

VwGO Verwaltungsgerichtsordnung VwVfG Verwaltungsverfahrensgesetz

Wahlp. Wahlperiode

Wayne L. Rev. Wayne Law Review

WHSS Willemsen/Hohenstatt/Schweibert/Seibt (Kommentar)

WiSta Wirtschaft und Statistik (Zeitschrift)

WpÜG Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetz

WRP Wettbewerb und Recht in der Praxis (Zeitschrift)

WRV Weimarer Reichsverfassung

WSI Wirtschaft- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böck-

ler-Stiftung

Yale L. J. Yale Law Journal

Yale L. & Pol'y Rev. Yale Law & Policy Review

ZAF Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung

ZaöRV Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

z.B. zum Beispiel

ZESAR Zeitschrift für europäisches Sozial- und Arbeitsrecht

ZfSH/SGB Zeitschrift für die sozialrechtliche Praxis

ZPO Zivilprozessordnung

ZRP Zeitschrift für Rechtspolitik

z.T. zum Teil

ZTR Zeitschrift für Tarifrecht

Zitierweise ausländischer Rechtsquellen und Literatur

Die Zitierweise ausländischer Rechtsquellen und Literatur in dieser Arbeit richtet sich grundsätzlich nach den jeweiligen nationalen Regeln. Dabei werden folgende Standardwerke zur juristischen Zitierweise zugrunde gelegt:

- Großbritannien: OSCOLA, Oxford University Standard for Citation of Legal Authorities,
 4th Edition, Oxford 2012, abrufbar unter: https://www.law.ox.ac.uk/sites/files/oxlaw/oscola_4th_edn_hart_2012.pdf, zuletzt abgerufen am 04.03.2022.
- Vereinigte Staaten: The Bluebook, A Uniform System of Citation, 20th Edition, Cambridge (USA) 2015.
- Kanada: Canadian Guide to Uniform Legal Citation (McGill Guide), Manuel canadien de la référence juridique, 9th Edition, Toronto 2018.

Um den Fußnotenapparat übersichtlicher und einheitlicher zu gestalten, werden allerdings folgende Vereinheitlichungen vorgenommen: Monografien, Hand- und Lehrbücher sowie Sammelwerke werden nach den in Deutschland geltenden Regeln zitiert. Ausländische Zeitschriftenartikel werden – genauso wie deutsche – ohne den vollständigen Titel und ohne die Vornamen der Autoren aufgeführt. Diese Angaben sind ausschließlich im Literaturverzeichnis ausgewiesen. Zudem wird der Nachname der Autoren stets kursiv geschrieben. Ausländische Artikel werden in den Fußnoten also bspw. wie folgt dargestellt:

- Großbritannien: Barrett, (2019) 39 Leg. Stud. 247.
- USA: Engstrom, 123 Yale L. J. 616 (2013).
- Kanada: McDonald/Thornton, (2016) 46:4 ARCS 452.

Einleitung*

Die Forderung nach Entgeltgleichheit zwischen Frauen und Männern ist in Deutschland mittlerweile über 150 Jahre alt. Der Allgemeine Deutsche Frauenverein (ADF) verlangte bereits zum Ende der 1860er-Jahre neben einem freien Zugang zum Arbeitsmarkt für Frauen auch eine gleiche Vergütung von Frauen und Männern bei gleicher Arbeit. ¹ Zwar hat sich seit dieser Zeit viel getan. Heutzutage haben Frauen die gleichen (formalen) Zugangsmöglichkeiten auf den Arbeitsmarkt wie Männer. Zudem wurden zahlreiche legislative Schritte zur Förderung einer geschlechtergerechteren Arbeitswelt unternommen, die in der Mitte des 19. Jahrhunderts kaum vorstellbar waren – man denke etwa an den modernen Mutterschutz². Und auch im Hinblick auf die Entgeltgleichheit haben sich die rechtlichen Rahmenbedingungen grundlegend geändert. Während im rechtswissenschaftlichen Diskurs zur Kaiserzeit von der Entgeltgleichheit "noch überhaupt keine Rede [war]", handelt es sich heute um ein elementares Prinzip unserer Rechtsordnung. Das Unionsrecht schreibt in Art. 157 Abs. 1 AEUV die Entgeltgleichheit zwischen Frauen und Männern mit unmittelbarer Drittwirkung vor.4 Das Grundgesetz (GG) verbürgt die Geschlechtergleichberechtigung in Art. 3 Abs. 2, Abs. 3 Satz 1 und damit die Entgeltgleichheit zwischen den Geschlechtern.5 Auf der Ebene des einfachen Rechts verbietet zum einen das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) in § 7 Abs. 1, § 1 (Entgelt-) Diskriminierungen wegen des Geschlechts. Zum anderen trat im Jahr 2017 mit dem Entgelttransparenzgesetz (EntgTranspG) ein spezielles Gesetz in Kraft, das Entgeltdiskriminierungen verbietet (§ 3), Entgeltgleichheit gebietet (§ 7) und besondere Maßnahmen zur Förderung der Entgeltgleichheit (§§ 10 ff.) enthält.

Doch trotz all dieser Veränderungen ist die Forderung nach Entgeltgleichheit bis heute nicht verstummt. Sie wird vielmehr noch vehementer und von noch mehr Stimmen als vor 150 Jahren artikuliert. Bspw. macht das Aktionsbündnis Equal Pay Day seit 2008 jährlich mit mittlerweile über 1.000 Aktionen deutschlandweit auf die

^{*} In dieser Arbeit wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit das generische Maskulinum verwendet. Die Ausführungen erfassen weibliche, männliche und diverse Personen gleichermaßen.

¹ Büchner, Neue Bahnen 1869, 161, 162 f.; Craig, Deutsche Geschichte 1866–1945, S. 195.

² Siehe *Hausen*, in: Gerhard (Hrsg.), Frauen in der Geschichte des Rechts, S. 713 (726 f.).

³ Seifert, in: FS für Pfarr, S. 459 (460).

 $^{^4}$ EuGH, Urt. v. 08.04.1996 (Rs. 43/75), Slg. 1976, 455 (Rn. 40) = NJW 1976, 2068 (2069) – Defrenne II. Siehe auch Kap. 1 \S 1 A. I.

⁵ BAG, Urt. v. 15.01.1955 (1 AZR 305/54), BAGE 1, 258 (260 f.) – Erstes Frauenlohnurteil. Siehe auch Kap. 1 § 3 A. II.

26 Einleitung

Entgeltlücke aufmerksam. Der Aktionstag symbolisiert den Tag eines Jahres, bis zu dem Männer aufgrund der gegenwärtigen Entgeltlücke überhaupt nicht arbeiten müssten, um das gleiche durchschnittliche Jahreseinkommen von Frauen zu erzielen. Ed. Zu den zahlreichen weiteren Organisationen, die sich aktiv für die Förderung von Entgeltgleichheit einsetzen, zählen etwa der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)⁷, die Internationale Arbeitsorganisation (IAO)⁸, die katholische Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd)⁹ und der Deutsche Juristinnenbund (djb)¹⁰. Außerdem wird die anhaltende Entgeltungleichheit zwischen Frauen und Männern von der Bevölkerung als eine der großen ungelösten sozialen Ungerechtigkeiten der Gegenwart empfunden.¹¹ Auch auf politischer Ebene besteht im Grunde Einigkeit darüber, dass gegen die anhaltende Entgeltungleichheit vorgegangen werden muss. So wurde die Herstellung von Entgeltgleichheit in den vergangenen sechs Koalitionsverträgen als Ziel genannt.¹² Und auch im gegenwärtigen Koalitionsvertrag zwischen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP hat man sich vorgenommen, die Entgeltlücke zu schließen. 13 Besonders intensiv für die Förderung der Entgeltgleichheit eingesetzt haben sich in der Vergangenheit vor allem Bündnis 90/Die Grünen und die Linke. 14 Weshalb die Forderung nach Entgeltgleichheit bis heute fortbesteht, verrät letztlich ein Blick auf die Einkommensverhältnisse in Deutschland. Nach Angaben des Statistischen Bundesamts beträgt die unbereinigte Ent-

⁶ Siehe zum Equal Pay Day: Equal Pay Day, Eine Forderung wird zur Kampagne, S. 14.

 $^{^7}$ DGB, Lohnlücke endlich schließen!, Pressemitteilung Nr. 013 vom 10.03.2021, abrufbar unter: https://www.dgb.de/presse/++co++e308f48c-8179-11eb-a43b-001a4a160123, zuletzt abgerufen am 04.03.2022.

⁸ IAO, Gendergerechtigkeit stärken – Entgeltgleichheit sicherstellen, S. 1–5.

⁹ Kfd, Gleichstellung von Frauen und Männern, S. 9.

¹⁰ Siehe etwa djb, #Equalpayday: Lohndiskriminierung wird nur durch gesetzliche Verpflichtungen für die Herren des Systems abgeschafft, Pressemitteilung vom 17.03.2020, abrufbar unter: https://www.djb.de/fileadmin/user_upload/presse/pressemitteilungen/pm20-12_Entgelttransparenz_EU.pdf, zuletzt abgerufen am 04.03.2022.

¹¹ Sinus Sociovision, Entgeltungleichheit zwischen Frauen und Männern, S. 6.

¹² Koalitionsvertrag zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen für die 14. Legislaturperiode v. 20. 10. 1998, S. 28; Koalitionsvertrag zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen für die 15. Legislaturperiode v. 16. 10. 2002, S. 61; Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD für die 16. Legislaturperiode v. 18. 11. 2005, S. 50; Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP für die 17. Legislaturperiode v. 26. 10. 2009, S. 74; Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD für die 18. Legislaturperiode v. 16. 12. 2013, S. 72 f.; Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD für die 19. Legislaturperiode v. 07. 02. 2018, S. 24.

¹³ Koalitionsvertrag zwischen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP für die 20. Legislaturperiode, S. 115.

¹⁴ Siehe etwa Antrag der Abgeordneten *Schauws, Müller-Gemmeke* et al. und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen v. 14.03.2018, Entgeltdiskriminierung verhindern – Verbandsklagerecht einführen, BT-Drs. 19/1192; Antrag der Abgeordneten *Achelwilm, Möhring* et al. und der Fraktion Die Linke v. 28.02.2018, Lohndiskriminierung von Frauen beenden – Equal Pay durchsetzen, BT-Drs. 19/1005.

geltlücke zwischen Frauen und Männern 18 % (2020) und die bereinigte Lücke immerhin noch 6 % (2018). 15

§ 1 Ziel und Gegenstand der Untersuchung

Diese Forschungsarbeit verfolgt das Ziel, im Wege einer Rechtsvergleichung innovative Ansätze zur Förderung der Entgeltgleichheit aufzuzeigen und konkrete Vorschläge für deren Implementierung in das deutsche Recht zu entwickeln. Mit Entgeltgleichheit ist in diesem Zusammenhang ausschließlich die vom Gesetz geforderte Gleichheit gemeint. Es wird also nicht allgemein nach Wegen gesucht, um die Entgeltlücke zwischen Frauen und Männern zu verringern. Vielmehr werden innovative Wege erforscht, die dazu beitragen können, dass Frauen und Männer für eine gleiche oder gleichwertige Arbeit auch gleich entlohnt werden (siehe § 3 Abs. 1, § 7 EntgTranspG). Oder mit anderen Worten: Diese Arbeit befasst sich mit neuen Ansätzen zur Beseitigung von Entgeltdiskriminierungen wegen des Geschlechts. Beschränkt ist der Untersuchungsgegenstand darüber hinaus auf den privaten Sektor. Dieser ist nicht nur deutlich größer als der öffentliche Sektor. Die Entgeltungleichheit ist im privaten Bereich außerdem besonders virulent. 16 Hinzu kommt, dass eine Einbeziehung des öffentlichen Sektors aufgrund der mannigfaltigen Unterschiede zwischen privaten und öffentlich-rechtlichen Anstellungsverhältnissen zu einer überwältigenden Komplexität der Untersuchung führen würde.¹⁷

Ein Blick auf den bisherigen Forschungsstand zeigt, dass die Gründe für die anhaltende Diskriminierung im Entgeltbereich bereits ausgiebig untersucht wurden. Als zentrale Ursache wurde der Einfluss tradierter Rollenbilder (Stichwort: Zuverdienerrolle der Frau) und Geschlechterstereotypen auf die Festlegung der Vergütung ausgemacht. Eingang in den Entgeltfindungsprozess finden diese insbesondere im Rahmen der Arbeitsbewertung in Form frauenbenachteiligender Definitionen und

¹⁵ Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr. 106 vom 09.03.2021, abrufbar unter: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2021/03/PD21_106_621.html, zuletzt abgerufen am 04.03.2022.

¹⁶ Während die unbereinigte Entgeltlücke im Jahr 2014 im privaten Bereich bei 24 % lag, betrug sie im öffentlichen Sektor nur 5,6 %. Siehe *Boll/Lagemann*, Wirtschaftsdienst 2018, 528 (528 f.).

¹⁷ Zu diesen Unterschieden z\u00e4hlen etwa die unterschiedliche Ausgestaltung der Belegschaftsvertretung im BetrVG und den Personalvertretungsgesetzen des Bundes und der L\u00e4nder sowie die besonderen Antidiskriminierungsregeln f\u00fcr den \u00f6ffentlichen Sektor im Bundesgleichstellungsgesetz und den Gleichstellungsgesetzen der L\u00e4nder.

¹⁸ BMFSFJ, Transparenz für mehr Entgeltgleichheit, S. 9; *Klammer/Klenner/Lillemeier*, Comparable Worth, S. 21 ff.; *Klenner*, GPG – die geschlechtsspezifische Lohnlücke und ihre Ursachen; *Jochmann-Döll/Ranftl*, Impulse für die Entgeltgleichheit, S. 22–24; *Jochmann-Döll/Tondorf*, Diskriminierungsfreie Tarifverträge, S. 12; *Winter*, Gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit, S. 57 ff.; *Ziegler/Gartner/Tondorf*, in: Achatz/Beblo/Bothfeld et al. (Hrsg.), Geschlechterungleichheit im Betrieb, S. 271 (312 f.).